

1967/68						
Betriebe	DM/ Betrieb	Mill. DM	DM/ ha	Voll-AK in 1000 <sup>1)</sup>	DM je Voll-AK	DM je Voll-AK <sup>2)</sup>
173 806	4 238	736,539	2 168,0	86,5	8 511,3	5 327,3
33 072	13 359	441,823	2 168,0	37,1	11 922,2	9 329,2
23 496	18 789	441,468	2 168,0	32,6	13 559,0	11 569,5
42 918	13 946	598,551	1 007,2	75,6	7 912,7	7 242,9
10 411	24 127	251,184	925,7	23,2	10 809,7	9 984,6
636	47 845	30,430	537,8	3,6	8 492,9	7 569,7
<b>284 339</b>	<b>8 792</b>	<b>2 499,995</b>	<b>—</b>	<b>258,6</b>	<b>9 666,7</b>	<b>7 449,5</b>

nicht ständig Beschäftigten auf Vollarbeitskräfte umgerechnet, ohne Privat-

Landwirtschaft von Jahr zu Jahr zurückgehen, ein Ausgleich durch erhöhte Flächenproduktivität wegen des Gesetzes vom abnehmenden Ertragszuwachs künftig sehr begrenzt ist, die Entwicklungsländer durch vermehrte Kaufkraft in zunehmendem Umfang als Nachfrager auf dem Weltmarkt erscheinen, die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel steigen und rechnerisch bei der ständigen Abnahme der LN für Maßnahmen der Infrastruktur und dergleichen nach der Entwicklung in den letzten 14 Jahren die landwirtschaftlichen Nutzflächen in 100 Jahren, wenigstens in Baden-Württemberg, um gut ein Drittel schrumpfen werden. Schon heute beruht der hohe Selbstversorgungsgrad im Bundesgebiet wie in Baden-Württemberg von etwa 78 % zu einem großen Teil auf eingeführten

Tabelle 5 Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten

Land	1950	1956	1960	1963	1966
	Anteile in %				
Bundesrepublik Deutschland	11,4	8,5	7,2	6,2	5,1
Belgien .....	9,3	7,3	6,8	6,8	5,8
Frankreich .....	14,7	—	10,0	8,6	7,4
Italien .....	28,9	21,8	17,3	14,0	12,5
Niederlande .....	14,2	10,9	10,6	8,8	7,5
Großbritannien*) .....	6,0	4,4	4,1	3,7	3,3
Vereinigte Staaten .....	7,2	4,5	4,0	3,7	3,3

\*) Einschließlich Nordirland

Futtermitteln. Setzt man die Erzeugung aus eingeführten Futtermitteln ab, schrumpft der Selbstversorgungsgrad auf 60 %. Genausowenig wie die Entwicklungsländer auf die Dauer von den agrarischen Überschüssen der westlichen Industrieländer leben können, genauso wenig ist es auf die Dauer umgekehrt möglich, daß in ferner Zukunft die europäischen Industrieländer im Zuge der Beschränkung ihrer agrarischen Produktionskapazitäten von Asien oder Übersee versorgt werden können. Möglicherweise wird sich in weniger als 50 Jahren das heutige Überschußproblem in den westlichen Industriestaaten in ein Bedarfsdeckungsproblem wandeln. Bei der Beurteilung dieser Situation sind Bevölkerungszuwachs, Einkommenselastizität der mengenmäßigen Verbrauchernachfrage und die Kaufkraftentwicklung maßgebend. Die Weltbevölkerung verdoppelte sich im 18./19. Jahrhundert in 200, dann in 100 Jahren und jetzt in ungefähr 30 Jahren.

Nach der Arbeitskräfteerhebung (1964/65) waren ungefähr 37,2 % der im Betrieb und Haushalt beschäftigten Personen zugleich auch anderweitig erwerbstätig. In den Betrieben unter 5 ha waren es ungefähr die Hälfte, in denen von 5 bis unter 10 ha ungefähr 30 %, in den übrigen Betrieben ungefähr 10 %. Durch nichts kann die Verflechtung der agrarischen und nicht agrarischen Beschäftigungsverhältnisse in den Zu- und Nebenerwerbsbetrieben besser dargetan werden. Nach Maßgabe des Rückgangs des Marktanteils der Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe wird der Marktanteil der Vollerwerbsbetriebe zunehmen. Dieser Prozeß wird sich langsam vollziehen und, da gewisse Produktionen einfach an die Neben- und Zuerwerbsbetriebe aus produktionseigenen Gründen gebunden sind, bei einer heute schwer abzuschätzenden Quote stabilisieren. Im übrigen hängt die Entwicklung der Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe auch von der künftigen Agrarpolitik der EWG ab. Die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft durch Ansiedlung von Industriebetrieben mit echten Wachstumschancen in den heutigen deutschen Agrarräumen würde die Nebenerwerbslandwirtschaft eher stärken als schwächen und das Einkommensgefälle zu den Ballungsräumen der gewerblichen Wirtschaft abschwächen: hier wie dort hängen die Entscheidungen in dem von der Wirtschaftspolitik gespannten Rahmen letztlich von den Unternehmern, den Betroffenen, ab.

Dr. Hermann Wirth

## Die Auswirkungen des Finanzänderungsgesetzes 1967 auf die Mitgliederzahlen bei den gesetzlichen Krankenkassen

Das Finanzänderungsgesetz 1967 vom 21. Dezember 1967 (BGBl. I S. 1259), demzufolge einige wichtige Paragraphen der Reichsversicherungsordnung (RVO) abgeändert wurden, brachte nicht nur eine weitgehende Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung der Rentenbezieher und -bewerber<sup>1)</sup> (KVdR), sondern hatte auch beachtliche Veränderungen innerhalb der Versichertengruppe zur Folge. Ab 1. Januar 1968 sind gemäß Art. 1 § 1 Nr. 1a alle Personen, die die Voraussetzung für den Bezug einer Rente aus der Arbeiter- oder Angestelltenversicherung erfüllen, als versicherungspflichtige Mitglieder in die gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen. Von dieser neu eingeführten Versicherungspflicht wurden alle Rentner betroffen, die bislang noch nicht bei einem Träger der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert waren. Bei den RVO-Kassen ergaben sich demzufolge Umschichtungen in den Versichertengruppen – von bisher freiwillig Versicherten zu nunmehr pflichtversicherten Rentnern – sowie auch Neuzugänge von bisher noch nicht krankenversicherten Rentnern.

### Umschichtung des Mitgliederbestandes

Vor dem Inkrafttreten dieser Neuregelung sind bei den RVO-Kassen in der Versichertengruppe der Rentner (ohne

jede Bedingung) nur die Hinterbliebenen von Arbeitern als pflichtversicherte Rentner geführt worden. Ferner waren pflichtversichert als Rentner alle Kassenmitglieder sobald sie ihre Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung beantragt hatten, ferner die Hinterbliebenen von Angestellten, beide Gruppen aber nur dann, wenn vor der Beantragung der Rente bzw. vor dem Tod des Angestellten im Zeitraum von fünf Jahren eine gesetzliche Krankenversicherung von mindestens 52 Wochen Dauer (Vorversicherungszeit) bestanden hatte. Konnte von diesem Personenkreis – mit Ausnahme der Hinterbliebenen von Arbeitern – die vorgeschriebene Vorversicherungszeit nicht nachgewiesen werden, so bestand nach § 176 Abs. 1 Ziffer 4 RVO das Recht, einer gesetzlichen Krankenkasse als freiwilliges Mitglied beizutreten, oder eine dieser Art bereits bestehende Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. In der Mehrzahl dieser Fälle nahmen dieses Recht solche Versicherungsberechtigten in Anspruch, die erst kurze Zeit vor der Beantragung der Rente Kassenmitglieder geworden waren, vor allem aber auch solche Personen, die vor der Rentenantragstellung überhaupt noch kein Versicherungsverhältnis eingegangen waren, zumist als Angehörige freier Berufe.

Zahlenmäßig groß war unter den freiwilligen Mitgliedern mit Rentenbezug auch die Gruppe von Ehefrauen, deren Männer noch erwerbstätig sind, die aber selbst auf Grund einer früheren Erwerbstätigkeit einen eigenen Anspruch auf

<sup>1)</sup> In der Folge kurz Rentner genannt.

Rentenbezug begründen konnten; zwischenzeitlich jedoch als Familienangehörige durch die Krankenversicherung des Ehemannes mitversichert waren. Diese Frauen hatten das Recht, bei den gesetzlichen Krankenkassen eine (persönliche) freiwillige Mitgliedschaft zu beantragen. Diese freiwillige Mitgliedschaft brachte in verschiedenen Leistungsfällen Vorteile gegenüber den von mitversicherten Familienangehörigen zu erwartenden Kassenleistungen.

Von der Möglichkeit, im Einzelfall das Versicherungsverhältnis zu ändern, wurde, um so mehr Gebrauch gemacht, als die Antragsteller selbst keine Beiträge zu leisten hatten, da die Kosten für diese freiwillige Mitgliedschaft von den Rentenversicherungsträgern übernommen wurde.

Tabelle 1 Die Entwicklung des Mitgliederbestandes der RVO-Kassen

Versicherten- gruppe	Geschlecht	1. 12. 1967	1. 1. 1968	1. 2. 1968	1. 3. 1968
Freiwillige Mitglieder	Männer ...	243 491	225 745	221 005	219 329
	Frauen ...	152 329	100 780	80 154	77 018
	insgesamt .	395 820	326 525	301 159	296 347
Rentenbezieher und -bewerber	Männer ...	254 632	271 793	284 108	288 753
	Frauen ...	395 199	447 731	481 467	496 469
	insgesamt .	649 831	719 524	765 575	785 222
Insgesamt	Männer ...	498 123	497 538	505 113	508 082
	Frauen ...	547 528	548 511	561 621	573 487
	insgesamt .	1 045 651	1 046 049	1 066 734	1 081 569

Durch das Finanzänderungsgesetz 1967 wurden nunmehr alle bisher freiwillig versicherten Rentner automatisch versicherungspflichtig.

Bezogen auf den Stand vom 1. 12. 1967 hatte sich der Gesamtmitgliederbestand der RVO-Kassen Baden-Württembergs innerhalb des 1. Vierteljahres 1968 nur geringfügig geändert (+ 0,1 % oder 3457 Personen), die Versichertengruppe der freiwilligen Mitglieder erfuhr dagegen eine Abnahme um 25,1 % oder 99 473 Personen, während bei der Gruppe der pflichtversicherten Rentner eine Zunahme um 20,8 % oder 135 391 Personen zu verzeichnen war. Der größte Teil der von der Umschichtung betroffenen freiwilligen Mitglieder mit Rentenbezug bestand aus den vorerwähnten Ehefrauen. Das erklärt auch die im Vergleich zu den männlichen Versicherungsnehmern sehr viel stärkere Umgruppierung der weiblichen Kassenmitglieder innerhalb der genannten Versichertengruppen.

In der Unterscheidung nach Kassenarten zeigt sich, daß – allgemein gesehen – das Ausmaß der Umgruppierungen dem Anteil der weiblichen Versicherten an der Gesamtzahl der freiwilligen Mitglieder entsprach. Nach dem Stand vom 31. 12. 1967 errechnete sich der Anteil der Frauen unter den freiwilligen Mitgliedern bei den

Ortskrankenkassen auf	41,7 %
Betriebskrankenkassen auf	14,4 %
Innungskrankenkassen auf	12,7 %

Am 1. 3. 1968, dem Zeitpunkt, an dem der Umschichtungsprozeß nahezu beendet war, beliefen sich die Vergleichsquoten auf 28,3 %, 14,0 % und 12,0 %. Die im Gegensatz zu den Ortskrankenkassen sehr viel geringeren Anteilsätze der Betriebs- und Innungskrankenkassen erklären sich vor allem aus der Tatsache, daß bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Krankenversicherung der Rentner am 1. 8. 1956 die Betriebskrankenkassen und die Innungskrankenkassen überhaupt keine versicherten Rentner als freiwillige Mitglieder (Fortführung einer Pflichtmitgliedschaft auf freiwilliger Basis) führten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren alle Kassenmitglieder, die einen Rentenanspruch stellten, zu den Ortskrankenkassen überführt worden, die sie als sogenannte *Pflichtrentner* aufgenommen hatten und auftragsmäßig betreuten. Die freiwillige Mitgliedschaft von Rentnern ohne die gesetzliche Vorversicherungszeit war bei den Innungs- und Betriebskrankenkassen erst seit diesem Zeitpunkt möglich.

## Neuzugänge bei den gesetzlichen Krankenkassen

In dem dargestellten Zeitraum (1. 12. 1967 bis 1. 3. 1968) waren außer dem aufgezeigten Umschichtungsprozeß im Mitgliederbestand naturgemäß auch Neuzugänge – besonders bei den Rentnern – erfolgt. Statistisch lassen sich diese Neuzugänge nicht gesondert ausweisen, aber Zeitreihen über die Entwicklung des Mitgliederbestandes der einzelnen Kassenarten lassen doch gewisse Rückschlüsse zu. Eine Gegenüberstellung der jeweiligen Bestandsmeldungen im Laufe des 1. Vierteljahres 1968 läßt deutlich erkennen, daß die Neuzugänge bei den Rentnern die Umschichtungen im Bestand der freiwilligen Mitglieder überwogen. Bezogen auf alle RVO-Kassen hatten sich folgende Veränderungen ergeben:

	1. 1. 1968	1. 2. 1968	1. 3. 1968
Freiwillige Mitglieder	– 69 295	– 25 366	– 4 812
Rentenbezieher und -bewerber	+ 69 693	+ 46 051	+ 19 647

Demnach standen den Abgängen von insgesamt 99 473 freiwilligen Mitgliedern 135 391 Zugänge an Rentnern gegenüber. Es kann jedoch nicht abgeleitet werden, wie viele dieser Rentner echte Neuzugänge auf Grund des Finanzänderungsgesetzes 1967 oder Mitglieder, die das Versicherungsverhältnis wechselten, waren, da sich in den Bestandsveränderungen auch die üblichen Veränderungen widerspiegeln; das sind beispielsweise bei den freiwilligen Mitgliedern Neuzugänge infolge Überschreitung der Jahresarbeitsverdienstgrenze, oder bei den Rentnern das Einsetzen des Rentenanspruchs bei Erreichung der Altersgrenze sowie bei beiden Versichertengruppen die Abgänge durch Tod. Ein Vergleich der Auszahlungen des Bestandes an freiwilligen Mitgliedern zum 1. Oktober 1967 und 1968 nach Altersgruppen zeigt den unverhältnismäßig großen Abgang an Versicherten im Alter von 65 Jahren und mehr. Die Bestandsminderung innerhalb Jahresfrist stellte sich anteilig auf rund 77 % (gegenüber rund 3 % im Vergleich der Jahre 1966/67). Nur etwa 22 % betrug der Abgang an Mitgliedern im Alter von 55 bis 65 Jahren, doch lag auch dieser Anteil bemerkenswert hoch über dem Vergleichswert des Vorjahres (rund 1 %). Diese Anteile lassen ebenfalls Rückschlüsse zu auf die durch das Finanzänderungsgesetz 1967 für bestimmte Mitgliederkreise ermöglichte und auch wahrgenommene Änderung des Versicherungsverhältnisses. Ohne Zweifel hat der Wegfall der schon erwähnten Vorversicherungszeit von 52 Wochen sowie die Aufhebung der Bedingung, daß Rentner nur dann pflichtversicherte Mitglieder werden können, wenn sie zuvor schon Mitglied einer RVO-Kasse waren, einen Zugang an Versicherten gebracht. Während die erstgenannten Zugänge an Rentnern, das heißt diejenigen Personen, die bisher keine selbständigen Mitglieder waren, aber als mitversicherte Familienangehörige bereits Leistungen der Kassen beanspruchen konnten, für die RVO-Kassen keinen besonderen Risikozuwachs brachten, bedeutete der andere Teil an Neuzugängen, eine weitere finanzielle Belastung.

So stand aus der Sicht der Krankenkasse die Frage nach dem Verhältnis von Leistungsaufwand und Beitragseinnahmen für die KVdR im Vordergrund. Dieses Verhältnis ist völlig uneinflusst von den Beträgen, die die Rentner seit dem 1. 1. 1968 in Höhe von 2 % ihrer Rente für die Finanzierung ihrer Krankenversicherung zu zahlen haben. Diese Gelder fließen den Rentenversicherungsträgern in voller Höhe zum Ausgleich von entfallenen Bundeszuschüssen zu. Nach wie vor erhalten die Krankenkassen keine Beiträge von den krankenversicherungspflichtigen Rentnern; der Leistungsaufwand für diese Versicherten soll nach dem Willen des Gesetzgebers vielmehr durch Beiträge der Rentenversicherungsträger teilweise abgedeckt werden. Die Berechnungsvorschriften hierfür sind im Finanzänderungsgesetz 1967 verankert. Bislang zahlten die Träger der Rentenversicherung nach § 385 Abs. 2 RVO für jeden Rentner einen Beitrag nach einem festen Beitragssatz, der im Vergleich zum *allgemeinen Beitragssatz* (für Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen) um ein Drittel gekürzt wurde, weil die Rentner keinen Anspruch

auf Barleistungen haben. Dieser gekürzte Beitragssatz wurde von einem ebenfalls gekürzten durchschnittlichen Grundlohn<sup>2</sup> ermittelt. Die Kürzung, die auf 15 % festgelegt war, stellt die sogenannte *Interessenquote* dar; damit sollten die übrigen Kassenmitglieder zu den Leistungen für die KVdR beitragen. Seit Inkrafttreten des Finanzänderungsgesetzes 1967 beträgt die Kürzung des allgemeinen Beitragssatzes nunmehr 30 %. Gemäß einer neueren Vorschrift darf jedoch dieser derart errechnete Beitragssatz der Rentner den sogenannten *ermäßigten Beitragssatz* (für Pflichtmitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen) nicht überschreiten.

Infolge dieser Vorschriften können die Kassen nicht nur durch die Festsetzung des allgemeinen Beitragssatzes, sondern auch durch eine Veränderung des ermäßigten Beitragssatzes die Höhe des Beitragssatzes der Rentner beeinflussen. Auf Landesebene hat sich im Durchschnitt aller RVO-Kassen der Beitragssatz für Pflichtmitglieder innerhalb Jahresfrist nicht unerheblich erhöht.

Durchschnittliche Beitragssätze der Pflichtmitglieder

mit sofortigen Anspruch auf Barleistungen	ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen	Insgesamt	mit sofortigen Anspruch auf Barleistungen	ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen	Insgesamt
am			am		
1. 10. 1967			1. 10. 1968		
9,8	7,0	9,3	10,2	7,6	9,8

So sind im Zeitraum vom 1. 10. 1967 bis zum 1. 4. 1968 Beitragserhöhungen nahezu von jeder siebten Kasse vorgenommen worden; bis zum 1. 10. 1968 haben noch weitere Kassen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Es steht zu erwarten, daß auch künftighin noch Beitragssatzerhöhungen in größerer Anzahl erfolgen werden.

Tabelle 2 Zahl der gesetzlichen Krankenkassen, deren Beitragssatz für Mitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen (ermäßigter Beitragssatz)

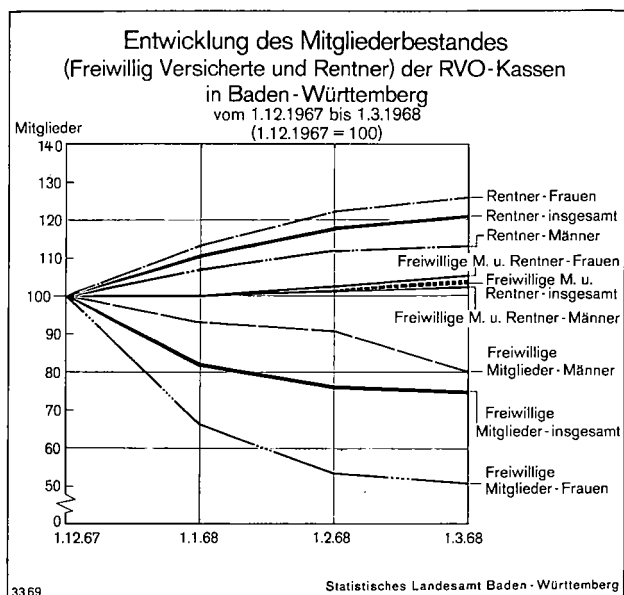
Kassenart	1. 10. 1967		1. 4. 1968		1. 10. 1968	
	gleich oder größer	kleiner	gleich oder größer	kleiner	gleich oder größer	kleiner
	war als 70 % des allgemeinen Beitragssatzes <sup>1)</sup>					
Ortskrankenkassen	56	32	59	29	68	20
Betriebskrankenkassen	76	128	74	128	89	112
Innungskrankenkassen	26	7	26	7	27	6

<sup>1)</sup> für Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen.

Von den Ortskrankenkassen (88) mußten am 1. 10. 1968 bei der Beitragsberechnung der KVdR nur noch 20 Kassen anstelle der vorgesehenen 70 % des allgemeinen Beitragssatzes den geringeren Beitragssatz für Pflichtmitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen zugrunde legen. Unter den Innungskrankenkassen (33) befanden sich noch sechs Einrichtungen mit einem niedrigeren Beitragssatz. Im Gegensatz hierzu überwog bei den Betriebskrankenkassen (112) die Zahl der Kassen, deren ermäßigter Beitragssatz unter 70 % des allgemeinen Beitragssatzes lag. Demgemäß durften nur etwas mehr als zwei Fünftel dieser Krankenkassen (89) den für sie höchstmöglichen Beitragssatz erheben.

Ebenfalls durch das Finanzänderungsgesetz 1967 neu festgesetzt wurde auch die *Interessenquote*, also der Kürzungsbetrag des Grundlohns. Er beträgt nunmehr 20 %, jedoch wird dieser Wert mittels einer Ausgleichszahl noch korrigiert werden. Das bedeutet, daß für Kassen mit einem über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteil von Rentnern (im Vergleich zu den übrigen Pflichtmitgliedern) die Interessenquote entsprechend kleiner (als 20 %) wird. Demzufolge erzielen diese

<sup>2)</sup> Der durchschnittliche monatliche Grundlohn wird jährlich einmal erhoben; er betrug für 1967 im Landesdurchschnitt 649,80 DM, für 1968 657,90 DM.



Kassen vergleichsweise höhere Beiträge je Rentner als diejenigen, die ein unterdurchschnittliches Verhältnis von Rentnern zu den übrigen Versicherten aufweisen. Letztere haben wegen der die 20 %-Grenze übersteigenden Interessenquote von einem stärker gekürzten Grundlohn auszugehen.

Rentnerdichte<sup>1)</sup>

Kassenart	Bundes- gebiet <sup>2)</sup>	Baden- Württem- berg	Bundes- gebiet <sup>2)</sup>	Baden- Württem- berg
	1. 12. 1967		1. 3. 1968	
Ortskrankenkassen	35,4	29,4	45,8	38,9
Betriebskrankenkassen	25,5	19,7	27,3	22,0
Innungskrankenkassen	8,5	4,6	9,7	5,3
RVO-Kassen insgesamt	31,3	26,5	39,0	34,2

<sup>1)</sup> Anteil der Rentenbezieher und -bewerber am Mitgliederbestand der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder. — <sup>2)</sup> Einschl. Berlin (West).

Eine Gegenüberstellung der Rentnerdichte nach Kassenarten, das heißt nach der Zahl der Rentner in Prozent der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder zusammen — für die Stichtage 1. 12. 1967, dem Beginn und 1. 3. 1968, dem ungefähren Abschluß des Umschichtungsprozesses — läßt das Ausmaß der Auswirkungen des Finanzänderungsgesetzes 1967 hinsichtlich der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes deutlich erkennen. Im Vergleich zu den für das Bundesgebiet (einschl. Berlin [West]) ermittelten Dichtewerten, lag an beiden Stichtagen die Rentnerdichte in Baden-Württemberg bei allen Kassenarten noch bemerkenswert unter den Bundesdurchschnitten.

Ob und inwieweit die RVO-Kassen nach den neuen Vorschriften einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben für die KVdR erreichen, bzw. wie groß der Anteil des Leistungsaufwandes ist, der durch Beitragseinnahmen gedeckt werden kann, läßt sich erst aus den Jahresrechnungen für das Jahr 1968 und später ersuchen. Allgemein wurde durch das Finanzänderungsgesetz 1967 die negative Kassenlage der Krankenkassen nicht beseitigt, doch dürfte der Trend zu wachsendem Defizit unterbunden worden sein. Fest steht jedoch, daß das Finanzänderungsgesetz 1967 im Hinblick auf die Mitgliedschaft, Beitragszahlung und Zuständigkeit der Kassen für Rentner sowie hinsichtlich des fiskalischen Verhältnisses zwischen dem Bund und den Trägern der Renten- und Krankenversicherung von weittragender Bedeutung ist, was wohl auch vom Gesetzgeber beabsichtigt worden war. Die Rentnerkrankenversicherung dürfte weiterhin für die wirtschaftliche Entwicklung der Krankenkassen von Ausschlag sein.

Dipl.-Volkswirt Gertrud Heß